



# Informationsbrief

## Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Thomas Fues, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Hartwig Hummel, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

### Die Holzhammermethode des Bonner Aufrufs:

## Wenn Frust das Denken überschattet

Da hat man Jahre, Jahrzehnte in Ländern Afrikas gearbeitet, sich für die Belange des „Südens“ im allgemeinen und die „seiner“ Einsatzländer stark gemacht und häufig sogar eine gewisse Zuneigung zum Gastland und dessen oft liebenswerten Menschen entwickelt. Und dann muss man – im Herbst des Lebens angekommen – feststellen, dass die Staaten und ihre politischen „Eliten“ sich häufig ganz anders entwickelt haben. Das tut weh, und manch einer wünscht sich einen großen Befreiungsschlag, der endlich aus der Misere herausführt. Ein Kommentar von **Ludger Reuke**.

**S**o oder ähnlich kann man sich die Seelenlage der Verfasser und vieler Unterzeichner des „Bonner Aufrufs“ vorstellen, die kurz und simpel „Eine andere Entwicklungspolitik“ fordern. Sie selbst nennen es „holzschnittartig“, wenn sie im ersten Satz feststellen, dass „nach einem halben Jahrhundert personeller und finanzieller Entwicklungshilfe (sic) für (sic) Afrika ... unsere Politik versagt hat“. Und folgerichtig, so im letzten Satz, „muss der Kurs der Entwicklungshilfe radikal geändert werden.“ Solche die Wurzel ausreißenden Sätze tun der frustrierten Seele gut, aber sie haben mit einem „Holzschnitt“ wenig gemein, eher mit einem „Holzhammer“, bei dessen Zuschlag mehr als nur einige Nuancen verloren gegangen sind.

● **Schlacht von vorgestern:** Der Aufruf benennt zwei „Hauptgründe des Versagens“: *Erstens* die Annahme, der „Norden“ könne Afrika entwickeln. Ja, diese zu Recht als irrig bezeichnete Annahme hat es in der offiziellen Entwicklungspolitik in den ersten, den 1960er Jahren gegeben, als „wir“ z. B. in Rourkela ein Stahlwerk bauten, damit Indien sich „richtig“ entwickeln könnte („ohne Stahl

keine Industrie, ohne Industrie keine Entwicklung“) oder als die GAWI – eine Vorläuferorganisation der GTZ „drei Musterdörfer in Togo“ einrichtete, die nach dem Bild der deutschen Raiffeisengenossenschaften funktionieren sollten.

Doch derartige Vorstellungen hat es bei den NGOs von Anfang an nicht oder nur sehr kurzzeitig gegeben. Sie haben schon damals Julius Nyerere, dem ersten Präsidenten Tansanias, zugehört: Sein Credo: „Man kann ein Volk nicht entwickeln. Ein Volk kann sich nur selbst entwickeln“ und der Zusatz: „Dabei kann man es unterstützen“ standen (durchaus exemplarisch) im Mittelpunkt einer Plakatserie von Misereor und Brot für die Welt um das Jahr 1968. Der Bonner Aufruf will den Eindruck vermitteln, diese Ansicht sei neu und müsse von nun an Grundlage für eine radikal andere Politik werden.

Ja, aber: Die offizielle Entwicklungspolitik ist doch weiter der alten irrigem Vorstellung verhaftet geblieben? Da müssen die Aufrufer etwas übersehen haben. „Hilfe zur Selbsthilfe“ war in der Theorie und in den öffentlichen Verlautbarungen auch staatlicherseits von Anfang an Grundlage der Ent-

wicklungspolitik. Dass dem die Praxis längere Zeit nicht entsprochen hat, ist unbestritten und muss in manchen immer noch vorhandenen Restbeständen angeprangert werden. Aber spätestens seit Mitte der 1980er Jahre wurde die richtige Theorie auch in der Realität zur Richtschnur des Handelns.

Schrittweise hieß es zunächst: „Selbstverständlich beziehen wir (Subjekt) unsere Partner (Objekt) in unsere Planungen ein.“ Im Koalitionsabkommen 2002 führte das endlich zu der Festlegung: „Wir werden darauf hinarbeiten, dass die Entwicklung von einheimischen (Subjekt) Entwicklungspfaden ausgeht.“ Auch wenn es bis zur weitgehenden Umsetzung einer Theorie immer einige Jahre dauert: Hier schlägt der Aufruf eine Schlacht von vorgestern.

● **Betrübliche Donquichotterie:** *Zweitens* behauptet der Aufruf, die Gleichung „Mehr Geld = mehr Entwicklung“ gehe nicht auf. Das ist absolut richtig; aber wer hat jemals eine so plumpe Gleichung aufgestellt? Hier wird ein Popanz aufgebaut, der mit der realen Situation rein gar nichts zu tun hat.

**F**akt ist, dass die Bundesrepublik mit allen anderen Industriestaaten 1970 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen versprochen hat „bis zur Mitte der Dekade“ (also 1975) mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (ODA-Quote) für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder zur Verfügung zu stellen. Fakt ist, dass außer den skandinavischen Staaten, den Niederlanden und Luxemburg keines der OECD-Länder dieses Ziel je erreicht oder gar, wie diese, übertroffen hat. Fakt ist schließlich, dass die Bun-

desrepublik den Höchststand von 1982 und 1983 (0,47%) nie wieder erreicht hat und bis 1998 Schritt für Schritt auf 0,26% abgefallen ist, obwohl im Laufe der Jahre immer wieder neue Leistungen „ODA-fähig“ wurden (trotz „Trendwende“ 2008 nur 0,38%).

Nein, nie hat jemand einfach nur „mehr Geld“ gefordert oder gar die törichte Behauptung aufgestellt, mehr Geld bedeute mehr Entwicklung. Wohl aber haben sich viele unbeirrt für die Erreichung des 0,7%-Ziels eingesetzt, weil für die Entwicklungspolitik das gleiche gilt wie für andere Bereiche: „Politik macht man mit Inhalt und Haushalt.“

Hier kämpfen die Aufrufer nicht gegen Ungetüme, die sich im Wind der Mancha drehen, sondern gegen Windmühlen, die sie selbst gebaut haben. Und es ist betäublich zu sehen, wie viele verdienstvolle Entwicklungspolitiker und Afrikaner sich an dieser Donquichotterie beteiligen.

● **Der Aufruf fordert, der Minister kündigt an...** Nach einigen Monaten haben die Verfasser selbst gemerkt, dass eine größere Differenzierung ihrem Anliegen gut täte und den „Bonner Aufruf plus“ verfasst. Aber indem sie die Holzhammersätze als Überschriften stehen ließen, begaben sie sich der Chance, die klobigen Aussagen wirklich zu verfeinern.

In „10 Vorschlägen zu einer besseren Entwicklungspolitik“ kehrten die Verfasser kurz vor der Bundestagswahl 2009 wieder zu kernigen Sätzen zurück. Sie unterstellen den Regierenden wieder, sie hingen wie tumbe Toren der Vorstellung an, mehr Geld bedeute mehr Entwicklung: „Lassen Sie ab vom 0,7 Prozent-Geberziel,

#### In dieser Ausgabe:

Wo der „Bonner Aufruf“ schief liegt (Seite 1) +++ Non-Event 10 Jahre nach Seattle (Seite 2) +++ W&E-Infospiegel und -Update (Seite 3) +++ Zum Tod von Jörg Huffs Schmid (Seite 4)

weil es auf dieser irrigen Vorstellung beruht.“ Kein Wort davon, dass auch Geldmangel zu vielen Fehlentwicklungen beigetragen hat.

Es gibt durchaus vernünftige Forderungen, wie die, Budgethilfe nur an Länder zu vergeben, in denen die Verwendung der Mittel nachvollziehbar kontrolliert wird; oder Projekte so zu fördern, dass möglichst viele Menschen Arbeit finden. Ob die Zusammenarbeit mit China und Indien in Umwelt- und Menschenrechtsfragen eher aus dem Haushalt des BMZ oder dem des Umwelt- bzw. Justizministeriums erfolgen sollte, kann man ja diskutieren, aber – wie der Aufruf fordert (und der neue Minister angekündigt hat) – einfach „beenden“? Da fehlt wieder die Nuancierung.

Sodann findet man schlichtweg populistische Forderungen wie: „Streichen Sie den fünf Ländern die Entwicklungshilfe, die nach dem Index von ‚Transparency International‘ die korruptesten sind.“ Das klingt klar, knackig und schneidig. Aber warum fünf? Könnten es nicht vier oder sechs oder gar zehn sein?

Und schließlich gibt es Vorschläge, die ganz fern sind von Realitäten, Möglichkeiten und Wünschbarkeiten: „Gehen Sie – innerhalb von zehn Jahren – dazu über, Entwicklungshilfe grundsätzlich nur noch als Kredit zu vergeben.“ Wie bitte? Da haben die NGOs in den 1990er Jahren mit steigender Intensität immer wieder gefordert, den ärmsten Entwicklungsländern, den LDCs die Schulden zu erlassen und neue Mittel an sie nur als verlorene Zuschüsse zu vergeben. Die Politik ist auf dem Kölner G7-Gipfel 1999 darauf eingegangen, und die Erlasse sind mit dem Höhepunkt 2005 endlich abgeschlossen. Und da sollen die LDCs erneut in die Schuldenfalle getrieben werden? Kurzsichtiger geht's nicht mehr.

Übrigens: Nirgendwo steht ein Satz wie: „Tut uns leid, wir haben uns geirrt.“ Alle haben Erfahrungen, aber keiner war beteiligt? □

Dr. Ludger Reuke war seit 1967 in der Entwicklungszusammenarbeit tätig, darunter in Afrika, zuletzt als Leiter des Bonner

Büros des Deutschen Entwicklungsdiensts (DED). Seit 2001 ist er Referent für Entwicklungspolitik bei Germanwatch. Die Texte des „Bonner Auf-

rufs“ finden sich unter [www.bonner-aufruf.eu](http://www.bonner-aufruf.eu). Ausführlichere Version des Beitrags unter [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).

## Die 7. WTO-Ministerkonferenz in Genf: Ein Non-Event zehn Jahre nach Seattle

Zehn Jahre nach den spektakulären Protesten gegen die WTO-Konferenz von Seattle trafen sich vom 30.11.-2.12.2009 die WTO-Mitglieder zur 7. WTO-Ministerkonferenz in Genf. Die wenigen angereisten Medienvertreter konnten zwar bei der kleinen Auftaktdemonstration von WTO-Kritikern am 28.11.2009 dankbar ein paar brennende Autos und zerschlagene Fensterscheiben aufnehmen – ansonsten war die Konferenz selbst aber ein geplantes „Non-Event“ ohne Ergebnisse. Allerdings gab es viele warme Worte zum vermeintlichen WTO-Beitrag bei der Krisenbewältigung. **Christina Deckwirth** und **Peter Fuchs** fassen zusammen.

Von vorne herein war klar: Formale Verhandlungen zur stockenden Doha-Welthandelsrunde oder gar ein konkretes Ergebnis in Form einer Ministererklärung sollte es auf dieser Konferenz nicht geben. Die Befürchtungen von WTO-Generaldirektor Pascal Lamy und der einflussreichen Handelsmächte vor einem erneuten Verhandlungsabbruch waren zu groß. Somit hatte das Genfer Treffen vor allem eine diskursive Funktion: Es war der Versuch, ein wenig Aufmerksamkeit und neue Legitimität für die Organisation zu erlangen. Und es sollte ein Stimmungstest für einen eventuellen Abschluss der Doha-Runde im Jahr 2010 sein.

● **Zentralthema Protektionismus:** Noch vor Konferenzbeginn stellte Pascal Lamy seine Sicht der Dinge klar: Die WTO habe in der Krise „ihren Test bestanden“, Reformbedarf bestehe nicht. Nur Entscheidungsprozesse müssten effektiver gestaltet werden. Eine gestärkte WTO und der Abschluss der laufenden Runde leisteten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern könnten auch zur Lösung des Klimaproblems beitragen. An der Aufgabe, für diesen hohen Anspruch auch überzeugende Argumente zu liefern, scheiterte die Konferenz allerdings. Unter der Überschrift „Die WTO, das multilaterale Handelssystem und das gegenwärtige globale Umfeld“ wurde

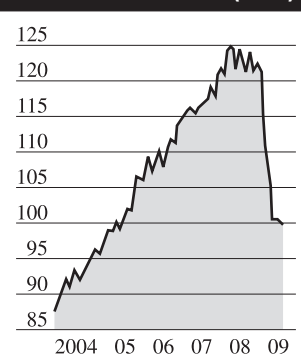
knapp drei Tage lang über die Rolle der WTO geredet. Das größte Selbstlob gab sich die WTO dabei als Bollwerk und Überwachungsinstanz gegen den Protektionismus. Ungebrochen gilt in WTO-Kreisen die Liberalisierung des Welt Handels als Königsweg zu Fortschritt und Wohlstand. Als Gegenpol gilt gemeinhin der Protektionismus, mit dem wirtschaftlicher Niedergang und Wohlfahrtsverluste verbunden werden.

Allerdings wird damit *erstens* die Tatsache verschleiert, dass die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte wesentlich daran beteiligt war, die Instabilitäten der globalen Weltwirtschaftsbeziehungen aufzubauen. *Zweitens* ist die Warnung vor einem neuen grassierenden Protektionismus weit übertrieben. Als Folge der Finanzkrise listet eine WTO-Studie für den Zeitraum von September 2008 bis Mai 2009 weltweit nur 238 Maßnahmen mit handelsbeschränkender Wirkung auf. Dazu gehören Zollerhöhungen, nicht-tarifäre Maßnahmen ebenso wie die Gewährung staatlicher Beihilfen. Angesichts der über 190 Staaten weltweit hält sich die Protektionismus-Gefahr offenbar in Grenzen. Der Einbruch auf den Weltmärkten ist vorrangig auf einen erschwerten Zugang zu Krediten, eine nachlassende Nachfrage und Überproduktion zurückzuführen. *Drittens* wird in der Polarisierung „Protektio-

nismus versus Freihandel“ die falsche Debatte geführt. Das eigentliche Problem, nämlich die Suche nach sinnvoller Regulierung und nach einem sozial-ökologischen Umbau der Weltwirtschaft liegt quer zu den vermeintlichen Polen Protektionismus und Freihandel. Denn es gibt viele wirtschafts-, sozial- oder umweltpolitische Maßnahmen, etwa bei der Öffentlichen Auftragsvergabe, in der Konjunktur- und Industriepolitik oder dem Schutz kleinbäuerlicher Landwirtschaft, die zwar nicht freihandelskonform, aber dringend notwendig und entwicklungsförderlich wären.

● **WTO und Finanzdienstleistungen:** Trotz wachsender Zweifel und Kritik beim Thema Finanzdienstleistungen präsen- tierte sich die WTO hier als unschuldslamm. O-Ton Pascal Lamy: „We are in the business of market opening. We are not in the business of deregulation.“ Doch im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS wurde und wird über die Liberalisierung und Deregulierung in den Sektoren Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften verhandelt. Ziel ist es, Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften möglichst weit reichenden Zugang auf ausländische Märkte zu verschaffen. Als „Handels- und Investitionshemmnisse“ gelten Eigenkapitalvorschriften, Lizenzen oder Beschränkungen der Geschäftstätigkeit, wie z.B. des Handels mit hochspekulativen Derivaten. Auch Auflagen zur Vergabe von Krediten an bestimmte Zielgruppen wie kleinere Unternehmen oder die ländliche Bevölkerung geraten durch die Liberalisierungsagenda unter Druck.

Welthandel seit 2005 (=100)



Quelle: CPB

## ● WTO und Klimakrise:

Auch hier wird deutlich, wie wenig Hilfreiches die WTO zur Krisenbewältigung beiträgt. Die Frage, ob denn die Globalisierung und der liberalisierte Welthandel insgesamt zu den Ursachen des Klimawandels gehören, wurde in Genf gar nicht erst gestellt. Die Antwort würde möglicherweise in einem tiefgreifenden sozialen und ökologischen Strukturwandel weltweit sowie in einer Reduktion schädlicher und überflüssiger Handelsströme liegen. Doch das wäre eine Botschaft, die bei nahezu allen WTO-Mitgliedern auf taube Ohren stößt. Die WTO selbst setzte in Genf daher auf eine andere, völlig entgegen gesetzte Botschaft: Sie möchte sich mit der „Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen“ als Klimaschützer profilieren. Dabei geht es um die möglichst schnelle Senkung aller Zölle für „umweltfreundliche Produkte“ auf null. Jedoch hat dieser Ansatz zahlreiche Probleme, auf die in Genf keinerlei überzeugende Antworten von WTO, EU oder Bundesregierung zu hören waren:

\* *Erstens* gibt es keine Bereitschaft der Befürworter einer Liberalisierung bei sog. Umweltgütern, zugleich auch den klimapolitisch folgerichtigen Umkehrschluss zu ziehen – nämlich die Beschränkung des Handels mit umweltschädlichen Gütern und Dienstleistungen.

\* *Zweitens* bleibt die Frage offen, was denn überhaupt „Umweltgüter und Umweltdienstleistungen“ sind. Handelt es sich dabei um gasbefeuerte Kraftwerke (weil sie umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke sind), um Agrotreibstoffe (wie es Brasilien fordert)?

\* *Drittens* zeigen bisherige Erkenntnisse zum Handel mit „überzeugenden“ Umweltgütern wie etwa Windenergieanlagen, dass Zölle nicht das Problem, also eine wirkliche Hürde für die Umweltgüterverbreitung, sind. Somit kann auch die Abschaffung dieser Zölle kein wirklicher klimapolitischer Fortschritt sein. □

Christina Deckwirth und Peter Fuchs arbeiten bei WEED. Weitere Info zum Thema unter [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org).

## W&E-Infospiegel

### ● Finanztransaktionssteuer auf dem Vormarsch:

Als „großen Etappenerfolg“ bewerten die Initiatoren der Kampagne „Steuer gegen Armut“ (s. W&E 11/2009), dass ihre Petition für eine Finanztransaktionssteuer das Quorum von 50.000 Mitunterzeichnern innerhalb von drei Wochen schaffte. Dieser Erfolg war verbunden mit der schriftlichen Zusage von Bischöfin Margot Käßmann, dass die Evangelische Kirche in Deutschland das Bemühen um eine Finanztransaktionssteuer unterstützt, und einem Rüffel, den Bundeskanzlerin Merkel Minister Niebel für seine ablehnende Äußerung zur Transaktionssteuer zukommen ließ. Bevor es jetzt weiter geht, sollten zunächst die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass es zu einer Anhörung nicht nur durch den Petitionsausschuss, sondern zu einer gemeinsamen Anhörung durch relevante Ausschüsse kommen wird (z.B. mit den Ausschüssen für Entwicklungshilfe, Finanzen, Haushalt usw.), heißt es. Auch innerhalb der CDU/CSU könne noch mehr Zustimmung zur Transaktionssteuer geschaffen werden. Kritisch sehen die Initiatoren, dass sich außer Merkel noch niemand aus der CDU/CSU zur Finanztransaktionssteuer positiv geäußert hat. Positive Zeichen sind allerdings, dass sich inzwischen auch der britische Premier Gordon Brown und der französische Präsident Nicolas Sarkozy für die Steuer einsetzen.

Weitere Info: [www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org).

### ● Lesehinweise:

\* Norman Backhaus, *Globalisierung*, 318 S., Westermann: Braunschweig 2009. Bezug: Buchhandel\*.)

\* Thomas Fritz, *Peak Soil. Die globale Jagd nach Land*, 164 S., FDCL: Berlin 2009. Bezug: über [www.fdcl-berlin.de](http://www.fdcl-berlin.de).

\* Sven Grimm, *Die Neuorganisation der EU-Außenbeziehungen: Welche Rolle für die Entwicklungspolitik im Institutionengefüge?*, 4 S., DIE-Analysen und Stellungnahmen 11, Bonn 2009. Bezug: über [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)

\* Faizel Ismail, *Reforming the World Trade Organization. Developing Countries in the Doha Round*, 177 pp, CUTS International-Friedrich-Ebert-Stiftung: Jaipur-Geneva 2009. Bezug: über <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/06877.pdf>.

\* Stefan Leiderer, *Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit – weder Teufelszeug noch Allheilmittel*, 4 S., DIE-Analysen und Stellungnahmen 10, Bonn 2009. Bezug: über [www.die-gdi.de](http://www.die-gdi.de)

\* Theo Rauch, *Entwicklungspolitik. Theorien, Strategien, Instrumente*, 384 S., Westermann: Braunschweig 2009. Bezug: Buchhandel\*.)

\* Miriam van Reisen, *Window of Opportunity. EU Development Co-operation after the End of the Cold War*, 366 pp, EIPA-Africa World Press: Brussels-Trenton 2009. Bezug: Buchhandel\*.)

\* Olivier de Schutter, *International Trade in Agriculture and the Right to Food*, 52 pp, FES Occasional Pa-

pers Dialogue in Globalization, Geneva, November 2009. Bezug: über <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/06819.pdf>.

\* Social Watch Report Deutschland 2009, *Globale Krisen. Soziale Auswirkungen – politische Konsequenzen*, 72 S., Berlin u.a. 2009. Bezug: über [www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)

\* Social Watch Report 2009, *Making Finances Work: People First*, 210 pp, Montevideo 2009. Bezug: über [www.socialwatch.org](http://www.socialwatch.org)

\* UNRISD, *Transformative Social Policy. Lessons from UNRISD Research*, Research and Policy Brief 5, 6 pp, Geneva 2009. Bezug: [www.unrisd.org/publications/rpb5e](http://www.unrisd.org/publications/rpb5e)

\* Welthungerhilfe/IFPRI/Concern, *Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Wie die Finanzkrise den Hunger verschärft und warum es auf die Frauen ankommt*, 52 S., Bonn-Washington-Dublin 2009. Bezug: über [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

### ● Tagungen und Termine:

\* 27. Januar: Fachgespräch zum Thema *Tödliche Hilfe und hilfreiche Tenaerbräber. Dambisa Moyos Beitrag und die Antworten der Entwicklungspolitik* in Berlin. Info: über [www.nord-sued-bruecken.de](http://www.nord-sued-bruecken.de)

\* Ab 9. März: Tournee mit Ernesto Cardenal und Grupo Sal mit dem Programm *Den Himmel berühren. Lieder und Gedichte über Liebe, Revolution, Gott und die Welt* durch Deutschland und Österreich. Info: [www.grupo-sal.de](http://www.grupo-sal.de).

## W&E-Update

*Internationale politische Terminvorschau für Januar, Februar und März 2010 (s. zuletzt W&E 09/2009).*

### Jahres- und Aktionstage

- 8. März: Internationaler Frauentag.
- 21. März: Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung.
- 22. März: Weltwassertag.

### Weltwirtschafts- und Finanzpolitik

● 1. Januar: Beginn der **kanadischen G8-Präsidentschaft** und der **südkoreanischen G20-Präsidentschaft**. Mit zwei geplanten G20-Gipfeln im Juni in Kanada und im November in Südkorea wird es spannend, ob sich die eingeleitete Neuformatierung der Global-Governance-Architektur weiter im Sinne der G20 als zentrales wirtschaftspolitisches Koordinationsgremium auf globaler Ebene verfestigt. Mit dem G8-Gipfel ab dem 25. Juni in einem Resort in Moskoka/Kanada ([www.G8.gc.ca](http://www.G8.gc.ca)) und dem G20-Gipfel am 26./27. Juni in Toronto wird das G8-Treffen praktisch direkt in das G20-Treffen übergehen. Den Vorsitz des G20-Treffens führen Kanada und Südkorea gemeinsam.

● 27.-31. Januar: **World Economic Forum (WEF)** in Davos/Schweiz. Das Motto lautet in diesem Jahr „Improve the State of the World: Rethink, Redesign and Rebuild“ („Verbessert den Zustand der Welt“). Das Treffen findet in diesem Jahr zum 40. Mal statt (s. [www.weforum.org](http://www.weforum.org)).

### Internationale Umweltpolitik

● 13.-25. März: 15. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über den internationalen Handel mit bedrohten Arten (CITES) in Doha/Katar ([www.cites.org](http://www.cites.org)).

### Berliner Bühne

● Sitzungswochen des **Deutschen Bundestags**: 18.-22.1.; 25.-29.1.; 8.-10.2.; 22.-26.2.; 1.-5.3.; 15.-19.3.; 22.-26.3.

### Europäische Arena

● 1. Januar: Beginn der **EU-Präsidentschaft Spaniens** (turnusgemäß bis Mitte 2010). Der Terminplan der

spanischen Präsidentschaft lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

● Sitzungswochen des **Europäischen Parlaments**: 18.-21.1. und 8.-11.2. in Straßburg; 24./25.2. in Brüssel; 8.-11.3. in Straßburg; 24./25.3. in Brüssel.

### Sonstiges

● 1.-12. März: 54. Tagung der **UN-Frauenrechtskommission (CSW)** in New York. Zentrales Thema ist 15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz die Evaluierung der Deklaration und des Aktionsprogramms von Peking; außerdem die Umsetzung der frauenspezifischen UN-Millenniumsziele (s. [www.un.org/womenwatch](http://www.un.org/womenwatch)).

### ● Zusätzlich auf [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org):

\* Neue Hoffnung auf den Welthandel? Die 7. Ministerkonferenz der WTO in Genf (*Rainer Falk*)

\* Nach dem Scheitern des Welthungergipfels von Rom: Beschäftigungstherapie für NGOs (*Uwe Hoering*)

\* Renaissance von Kapitalverkehrskontrollen: Warum ist der IWF so stur? (*Dani Rodrik*)

### ● Neu auf [www.wdev.eu](http://www.wdev.eu):

\* Climate Change: Does Copenhagen Really Matter? China and its way to a low-carbon economy (*Jürgen Maier*)

### ● Neu auf [www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com](http://www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com):

\* *Jüngste Einträge*: Wie kann der Grüne Fonds gefüllt werden? + Klimafinanzierung jenseits von Glasperlenspielen + Finanztransaktionssteuer statt Aidwash + Das Beste zu Kopenhagen + Kapitalverkehrskontrollen: Wachsende Aufgeschlossenheit + Starke Dynamik: Kampagne für Finanztransaktionssteuer + WTO: Post-Doha-Agenda und Reform? + Finanzmarktregulierung in Europa: Zahnlose Tifer + Welternährungsgipfel folgt G8

\*) Jedes Buch können Sie auch über die Amazon-Anzeigen auf unserer Website bestellen. Sie unterstützen dabei ganz nebenbei auch W&E. Danke!

Politische Ökonomie ohne gestanzte Formeln:

# Zum Tod von Jörg Huffs Schmid

Am 5. Dezember ist Jörg Huffs Schmid im 69. Lebensjahr gestorben. Mit ihm verliert die für eine friedlichere und gerechtere Welt Eintretende Wissenschaft einen ihrer besten Köpfe. Mit seinem Tod geht aber auch den sozialen Bewegungen in Deutschland, in Europa und in globalem Maßstab eine Persönlichkeit verloren, die es immer verstanden hatte, die nüchterne wissenschaftliche Analyse mit den praktischen politischen und sozialen Kämpfen zu verbinden. Von **Jörg Goldberg**.

Es gibt nur wenige Wissenschaftler, die so wie er in der Lage waren, komplizierte empirische und theoretische Sachverhalte klar und verständlich auszudrücken und zugleich entsprechende Handlungsorientierungen vorzuschlagen. Jörg Huffs Schmid hat den Marxismus als praxisorientierte Wissenschaft mit Leben erfüllt und gezeigt, wie eine engagierte Parteinahme in sozialen und politischen Auseinandersetzungen mit objektiver wissenschaftlicher Arbeit verbunden werden kann.

● **„Die Politik des Kapitals“:** Seine erste größere Arbeit, mit der er sogleich einer breiten deutschen Öffentlichkeit bekannt wurde, erschien 1969 in einem der regenbogenfarbigen Bände der Edition Suhrkamp. „Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik“ umriss das Themenfeld, mit dem er sich in der Folge über Jahrzehnte hinweg wissenschaftlich und politisch beschäftigt hat: die Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik im Kapitalismus. Die dort entwickelte Auffassung von Politischer Ökonomie – so lautete auch seine Lehrstuhlbeschreibung an der Universität Bremen – prägt alle seine Analysen ebenso wie seine wissenschaftliche und politische Praxis: Der Kapitalismus in seiner jeweils konkreten historischen und kulturellen Gestalt ist kein ‚eisernes Gehäuse der Hörigkeit‘, produziert keine politischen Sachzwänge, sondern ist Ergebnis der ihm immanen sozialen Kämpfe.

Dieser Grundgedanke der Veränderbarkeit des Kapitalismus liegt auch den Analysen und Vorschlägen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

zugrunde, die Jörg Huffs Schmid zusammen mit anderen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher ‚Schulen‘ 1975 gründete, konzipiert zunächst als Gegenpol zum regierungsamtlichen „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. In der lose organisierten „Memorandumsgruppe“, in der marxistisch und keynesianisch orientierte Ökonomen und Sozialwissenschaftler gemeinsam konkrete Alternativen zur kapitalorientierten Wirtschaftspolitik erarbeiten, hat er bis zuletzt eine zentrale Rolle gespielt, nicht zuletzt als Autor der Kurzfassungen der jährlichen Memoranden.

● **Selbstkritisches Streben nach Erneuerung:** In den 1970er und 1980er Jahren hat Jörg Huffs Schmid eng mit dem Frankfurter Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zusammengearbeitet, zu dessen Beirat er gehörte und wo er viele seiner Forschungsergebnisse veröffentlichte. Im Mittelpunkt seines Interesses standen Themen wie Konjunktur- und Strukturkrisen, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse, die Verflechtung von Ökonomie und Politik in Form „staatsmonopolistischer Komplexe“, Rüstungsökonomie und immer wieder die Frage der Entwicklungsvarianten des Kapitalismus. Zusammen mit Heinz Jung, dem späteren Leiter des IMSF, gehörte er bis 1988/89 dem Parteivorstand der DKP an und entwickelte das programmatische Konzept einer marxistischen Reformalternative als Transformationsstrategie für die Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit an der „Reformalternative“ ging selbstkritisch von der Erkenntnis aus, dass der

Marxismus unter dem Einfluss der realsozialistischen Staaten und einiger kommunistischer Parteien – denen gegenüber Jörg Huffs Schmid stets eine solidarische Haltung eingenommen hatte – an kritischem Potential eingebüßt hatte. Eine grundlegende Erneuerung des Marxismus und die Offenlegung und Überprüfung von Erstarrungen und Stereotypen erschien ihm notwendig.

In den 1990er Jahren rückten internationale Prozesse in den Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen und auch praktisch-politischen Arbeit. Dabei gehörte er zu jenen Autoren, die die Bedeutung der Nationalstaaten und der nationalstaatlich verfassten Politik trotz aller Internationalisierungsprozesse hervorhoben. Die Globalisierung war für ihn kein quasi naturwüchsiger Prozess, sondern Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen von kapitalnahen Regierungen und damit aber auch politisch gestaltbar. 1995 war er Mitbegründer und treibende Kraft der Europäischen Arbeitsgruppe für Alternative Wirtschaftspolitik, dessen „EuroMemoranden“ wichtige konzeptionelle Vorlagen für die europäische Linke und deren EU-Politik beinhalteten (das EuroMemo 2009 erscheint in diesen Tagen). Fünf Jahre später fand er in Attac Deutschland, dessen Gründung er vorantrieb und dessen wissenschaftlichem Beirat er angehörte, ein weiteres Aktivitätsfeld.

● **Finanzmärkte im Fokus:** Seine besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Finanzmärkten und den sich seit den 1990er Jahren häufenden Finanzkrisen. Seine „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ (VSA-Verlag, 1999), kann heute als Klassiker gelten. Früh erkannte er die Dominanz der Finanzmärkte über die Bereiche der Produktion von Gütern und Dienstleistungen als Kernproblem und wichtigsten Krisenfaktor im modernen Kapitalismus. Und doch mahnte er zur Vorsicht, als nach Ausbruch der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise Beobachter aus allen politischen Lagern Katastrophen- und Untergangsstimmung verbreiteten. In einem seiner letzten größeren wissenschaft-

lichen Artikel zur Finanzmarktkrise (Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Juni 2009) urteilt er nüchtern, dass der tiefste wirtschaftliche Einbruch seit Ende des Zweiten Weltkriegs die vorherrschende neoliberale Variante des Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (FMK) nicht beenden würde: Entscheidend sei die Tatsache, dass die politischen Machtstrukturen des FMK kaum geschwächt wurden und dass soziale Bewegungen und deren Forderungen im Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit wenig verankert sind. Mit seiner Nüchternheit, seiner wissenschaftlichen Redlichkeit und seinem politischen Engagement war Jörg Huffs Schmid Vorbild und Anreger für Alle, die sich in ihrer gesellschaftlichen Praxis dem Ziel einer gerechten Gesellschaft verpflichtet fühlen. Unempfänglich gegenüber kurzlebigen Moden und faulen Kompromissen war er offen für Kritik und bereit, Fehlurteile zuzugeben und zu revidieren. Wer ihn kannte, der weiß, dass er es nicht liebte, als Person in den Mittelpunkt gerückt zu werden. So ehren wir ihn am meisten, wenn wir uns für das einsetzen, für das er sein Leben lang gekämpft hat: Eine Gesellschaft, die Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. □

\*\*\*

(RF) Mit Jörg Huffs Schmid verliert auch W&E einen seiner profiliertesten Autoren. Mitte der 1990er Jahre erschien in einem Sonderdienst eine der ersten ausführlichen Analysen des Konzepts der Tobin-Steuer im deutschen Sprachraum. Drei Jahre später wies Huffs Schmid in W&E darauf hin, dass Kapitalverkehrskontrollen als wirtschaftspolitisches Schutzinstrument gegenüber Finanzkrisen nach wie vor legitim und notwendig sind. Seit Anfang des neuen Jahrhunderts verfasste Jörg Huffs Schmid regelmäßig aktuelle Analysen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung, in denen er vor neuen Finanzkrisen warnte. In einem seiner letzten Artikel kritisierte er die Halbherzigkeit der Vorschläge zur Kontrolle der Hedgefonds. Leider ist er in dieser Hinsicht bis heute nicht widerlegt worden.